

**Zeitschrift:** Schweizer Spiegel  
**Herausgeber:** Guggenbühl und Huber  
**Band:** 45 (1969-1970)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Bedeutungslose NPD  
**Autor:** Schreiber, Viktor  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1079308>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Bedeutungslose NPD

Die Frage, ob der Rechtsradikalismus in Deutschland, der vor einigen Jahrzehnten die ganze Welt mit Krieg überzog, auch heute noch eine Gefahr darstellt, wird recht unterschiedlich beantwortet. Die letzten Landtagswahlen scheinen beruhigend zu wirken, wobei niemand mit Sicherheit sagen kann, ob die Fanatiker nicht einfach anderen Parteien beitreten und sie radikalisieren.

«Die NPD ist das einzige Bollwerk gegen Zersetzung und Chaos... Gerade jetzt, angesichts der Machtübernahme durch die vereinigte Linke, ist die NPD nötiger denn je.» Diese Sätze aus dem «NPD-Kurier» und «NPD-Aktuell» haben die deutschen Wähler bei den letzten Landtagswahlen kaum mehr ernstgenommen. Schon seit Bildung der Grossen Koalition hatte der Bürger allmählich dieser Partei den Rücken gekehrt. Unter der gegenwärtigen Regierung Brandt/Scheel setzte sich der Trend nach unten für die NPD in verstärktem Masse fort, und wenn diese Entwicklung anhält, dann wird die radikale Rechte bis zur nächsten Bundestagswahl in keinem Landtag mehr vertreten sein.

In den Ländern Nordrhein-Westfalen, Saarland und Niedersachsen konnten die Rechtsradikalen die 5-Prozent-Klausel nicht überspringen. Selbst in ihrer Hochburg Niedersachsen, wo der Parteivorsitzende Adolf von Thadden kandidierte, konnten sie ihre 10 Mandate im Landtag von Hannover nicht wieder erringen, sondern mussten sich mit 3,2 Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen begnügen. Wenn im Herbst dieses Jahres in Hessen und Bayern gewählt wird, muss die Partei damit rechnen, auch in den dortigen Parlamenten ihre Sitze zu verlieren. Heute ist sie bereits in vier Ländern der Bundesrepublik nicht mehr vertreten.

Begonnen hatte der Aufstieg dieser Partei 1966, als die Dämpfung der Hochkonjunktur manche Gruppen der Gesellschaft die Versprechungen der NPD glaubten liess, obwohl diese weder wirtschaftlich noch verfassungsrechtlich erfüllbar waren. Besonders anfällig waren damals die Landwirte, die wegen der von der EWG geforderten Umstrukturierung ihre Produkte ohne Subvention nicht preiskonkurrenz auf den Markt bringen konnten. Rentner, mittlere Beamte, selbständige

Gewerbetreibende und Einzelhändler, die die neu eingeführte Mehrwertsteuer besonders hart traf, gehörten ebenso zu den Wählern dieser Partei wie Angestellte, wenige ehemalige Häftlinge aus den Ostgebieten und einzelne alte Nationalsozialisten. So fand die Partei hauptsächlich auf dem Lande Anhänger, während sie sich in den Städten kaum eine feste Basis schaffen konnte.

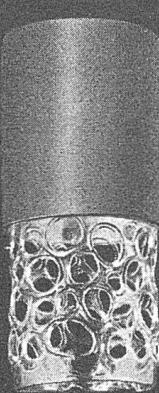
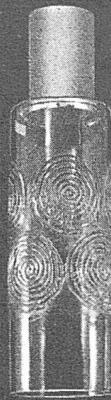


Der bald einsetzende Niedergang der NPD resultiert aus vornehmlich zwei Faktoren: mangelhaftes, undemokratisches Programm und unfähige Führung.

Statt als Alternative zu den demokratischen Parteien der Bundesrepublik ein praktikables Programm zu entwerfen, beunruhigte die Partei sogar ihre eigene Anhängerschaft. Auf dem Parteitag in Wertheim (14./15. Februar 1970) wurde dies besonders deutlich. Die Gruppe um Adolf von Thadden lehnte einen Antrag des Kreisverbandes München-Mitte ab, der die Partei aufforderte, sich von den staatstheoretischen Ansichten Anrichs zu distanzieren; diese waren von dem bayrischen NPD-Vorsitzenden Hermannsdörfer – der sein Amt inzwischen niedergelegt hat – als eindeutig verfassungswidrig bezeichnet. Die Delegierten des Parteitages weigerten sich auch, die Haltung Prof. Grünbergs zu verurteilen, der die Intervention der Warschauer Paktstaaten in der Tschechoslowakei begrüßt hatte. Im Gegenteil: Anrich und Grünberg wurden sogar erneut in den Parteivorstand gewählt.

Schon diese beiden Vorfälle machen deutlich, dass die NPD seit ihrer Gründung gegen die demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik opponiert. Ihre Programme liefern weitere Beweise: die Rechtsradikalen polemisierten konsequent gegen die gesamte politische Entwicklung seit 1945 und werten damit die demokratische Grundordnung ständig ab. Sie propagieren einen wirtschaftlichen Nationalismus, das heisst das Vorherrschen von Autarkiebestrebungen. Sie wollen eine städtisch orientierte Wirtschaftsordnung und so auch einen zentralistischen Staat mit verstärkter Kompetenz des Bundeskanzlers.

In der Bildungspolitik erstrebt die NPD das traditionelle, ständische Schulsystem; sie verabscheut Kunst, Literatur und Wissenschaft, wenn die intellektuellen und künstlerischen Vorstellungen von den althergebrachten Normen abweichen. Zugleich fordern die Nationaldemokraten die Be-



## Formschöne Leuchten

**BAG TURGI**

BAG Bronzewarenfabrik AG 5300 Turgi  
Telefon 056 / 3 11 11

Ausstellungs- und Verkaufsäume:  
8023 Zürich, Konradstrasse 58  
Telefon 051 / 44 58 44

8023 Zürich, Pelikanstrasse 5  
nähe Bahnhofstrasse  
Telefon 051 / 25 73 43

schränkung der öffentlichen Meinung durch eine «stärkere Einflussnahme des Volkes auf die personale Zusammensetzung der öffentlichen rechtlichen Anstalten», was einer staatlichen Kontrolle der Massenmedien gleichkommt.

Aus diesen innenpolitischen Vorhaben ergeben sich die aussenpolitischen Ziele: die Bundesrepublik soll sich von der NATO und den befreundeten westlichen Ländern lösen und eine nationale Autarkie auf wirtschaftlichem, politischem und verteidigungspolitischem Gebiet erreichen. Insbesondere lehnt die NPD den Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag und jede Entwicklungshilfe ab. In der Verteidigungspolitik schliesslich will die NPD die Bundeswehr aus der NATO herauslösen und sie zu einem Ordnungsfaktor staatlicher Gewalt machen.

Dass die Rechtsradikalen die Nazizeit in völlig anderer Form als alle demokratischen Kräfte interpretieren, versteht sich fast von selbst: «Wir weisen die Behauptung der Allein- oder Hauptschuld Deutschlands an den Weltkriegen entschieden zurück. Die Bekämpfung dieser Lüge ist Aufgabe des ganzen Volkes», heisst es in der Programm-Präambel. «Der Krieg gegen Polen 1939 war ein Verteidigungskrieg», steht in ihrem Politischen Lexikon. Als Bundespräsident Heinemann anlässlich der 25. Wiederkehr des Attentats gegen Hitler am 20. Juli 1969 die Männer des Widerstandes gebührend würdigte, wurde er konsequent von den «Deutschen Nachrichten» angegriffen: «Nun hat Heinemann in Berlin-Plötzensee seine Provokation in unerträglicher Weise gesteigert und gefällt sich in der Rolle eines Busspredigers. Die BRD aber bedarf eines Präsidenten, der das Wohl und den Nutzen der Deutschen im Rahmen der realpolitischen Gegebenheiten verfolgt.»

Neben diesen Programmen der NPD ist ein Zweites für den Niedergang dieser Partei entscheidend. Die Wählerschaft hat erkannt, dass die Führung nicht in der Lage ist, konstruktive Vorschläge in den Landtagen vorzu-

legen. Die Mitglieder des Vorstandes bekämpfen sich gegenseitig, während die undemokratische Struktur der Partei selbst die Anhänger schwer trifft. So darf zum Beispiel niemand politische Reden halten, der nicht im Besitz eines vom Parteivorstand ausgegebenen Rednerausweises ist. Jeder Kandidat für ein Mandat muss zudem ein Formular unterschreiben, das ihn verpflichtet, im Falle seines Austrittes oder Ausschlusses aus der Partei 30 000 DM an die Parteileitung zu zahlen. «Ich unterwerfe mich bereits jetzt in Höhe des obigenannten Schuldbetrages der sofortigen Zwangsvollstreckung in mein gesamtes Vermögen und ermächtige den amtierenden Notar, auf Antrag der Gläubigerin (NPD) jederzeit ohne weiteren Nachweis eine vollstreckbare Ausfertigung dieser Urkunde zu erteilen.» Diese Praktiken werden noch beleuchtet durch die Tatsache, dass die wichtigsten Führungs kräfte dieser Partei vorbestraft sind. Ausgerechnet die Partei, die ständig vor den Gefahren der wachsenden Kriminalität in Deutschland warnt, ist nicht in der Lage, ihrer eigenen Forderung gerecht zu werden.

Alle diese Vorgänge berechtigen zu der Frage, warum unter diesen Umständen die NPD nicht vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe angeklagt wurde mit dem Antrag eines Verbotes als antidemokratische Partei. Ende 1968 hatte die damalige Bundesregierung diesen Plan nach genauer Prüfung zurückgestellt – die Zeit hat diese Entscheidung voll ge rechtfertigt. Ein Verbot wäre schon aus dem Grunde nicht sinnvoll gewesen, weil die NPD damit sich auf Hass und Verfolgung berufen und so ohne Zweifel einige Sympathie gewonnen hätte, auch wenn das Urteil zu Ungunsten dieser Partei ausgefallen wäre. Jetzt haben die deutschen Wähler selbst die Aufgabe in die Hand genommen, diese Partei aus der politischen Verantwortung zu entlassen, aus dem staatlichen Leben zu verdrängen und zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen.

Viktor Schreiber